

## Welcher Weg führt nach Ithaka? Oder die Irrfahrten der Euro-Krisenpolitik

von Klaus Busch und Dierk Hirschel

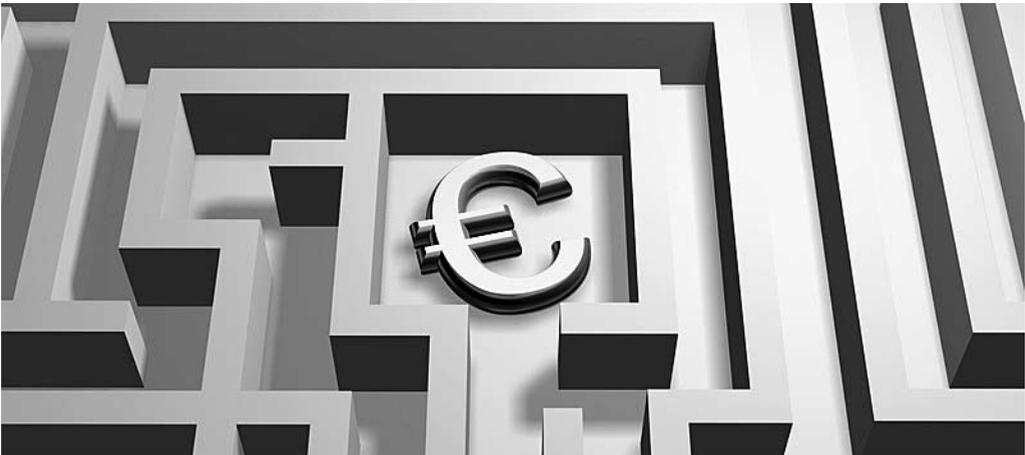


Foto: www.fotolia.com, © marimini

### Berliner und Brüsseler Irrfahrt

Die Eurokrise spitzt sich weiter zu. Erneut kreisen die Pleitegeier über der Akropolis. Griechenland bekommt auch nächstes Jahr kein Geld von den Kapitalmärkten. Ein neues Rettungspaket soll das Schlimmste verhindern. Frische Notkredite vergibt die Troika – Internationaler Währungsfonds, Europäische Union und Europäische Zentralbank –, aber nur, wenn noch brutaler gespart und Volksvermögen verkauft wird. Deswegen schnürt der sozialistische Staatschef Papandreou gerade ein neues Sparpaket.

Merkel, Sarkozy und die anderen EU-Staatenlenker lernen aber nicht aus ihren Fehlern. Ihre Politik ist komplett gescheitert. Die Medizin der Troika fesselte die europäischen Patienten ans Krankenbett. Am stärksten leidet Griechenland. Der unglückliche Papandreou kürzte und strich, was der Rotstift hergab. In den letzten 25 Jahren sparte kein Land so radikal wie Athen. Mit fatalen Folgen: Die griechische Wirtschaft schrumpft,

die Arbeitslosigkeit steigt und die Steuereinnahmen sinken. Deswegen ist jetzt das Haushaltsloch größer als erwartet. Der 340 Milliarden Euro große Schuldenberg – das 1,5-fache der Wirtschaftsleistung – wächst weiter.

### Die deutschen Eliten setzen das europäische Schiff auf Grund

Die griechische Tragödie wirft ein Licht auf den Zustand der deutschen Eliten. Die herrschende Politik und die Wirtschaftselite des Landes sind kurz davor, den Euro-Tanker zu versenken. Damit verstoßen sie paradoxerweise gegen eigene Interessen.

Für die heimische Exportindustrie, die Banken und Versicherungen ist die Euro-Rettung von existenzieller Bedeutung. Ein Zerfall des Währungsraums würde die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nachhaltig schwächen. Die Aufwertung eines Nord-Euro respektive der DM würde deutsche Exportgüter empfindlich

verteuern. Die Folge wäre ein großer Verlust an Marktanteilen. Die deutsche Wirtschaft exportiert jährlich Waren im Wert von 100 Mrd. Euro nach Südeuropa. Doch damit nicht genug. Der heimische Finanzsektor müsste durch einen südeuropäischen Zahlungsausfall stark bluten.

Warum gelingt es den Eliten nicht eine Strategie zu entwickeln, die den eigenen Interessen dient und die Eurozone rettet? Die Antwort ist komplex: Erstens sind die deutschen Eliten Gefangene ihres einzelwirtschaftlichen Denkens und Handelns sowie des daraus abgeleiteten neoliberalen Politikentwurfs. Die Eliten halten an einer einseitigen Exportorientierung fest und verschärfen dadurch die Ungleichgewichte im Euroland. Zweitens verfolgt die herrschende Politik bei der Bekämpfung der Staatsschulden eine bornierte nationalstaatliche Strategie, die den Problemen nicht gerecht wird. Und drittens bedient die schwarz-gelbe Regierung einen Nationalpopulismus, der eine europäische Lösung der Krise verhindert.

Doch der Reihe nach: Die wirtschaftliche Integration Europas stärkte die Macht der Unternehmen. Im grenzenlosen Binnenmarkt konnte das Management mit dem Damoklesschwert der Standortverlagerung die Löhne drücken, die Arbeitszeiten verlängern und unsichere Beschäftigungsverhältnisse durchsetzen. Die Währungsunion verschärfte den Konkurrenzkampf der Unternehmen um Preise und Löhne. Des Weiteren drängten Management und Arbeitgeberverbände auf eine Politik der Deregulierung, Privatisierung, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Die so genannten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen schwächten die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. So wurden die deutschen Lohnstückkosten an die Kette gelegt. Die Exportüberschüsse explodierten. Im Süden der Eurozone stiegen hingegen die Handels- und Leistungsbilanzdefizite.

Arbeitgeberverbände und Regierung feiern die deutschen Exporterfolge. Sie übersehen aber in ihrer beschränkten einzel- und nationalwirtschaftlichen Sicht die gesamtwirtschaftlichen Folgen ihres Handelns für ganz Europa. Im sogenannten „Pakt für den Euro“ gehen sie sogar so weit, den europäischen Defizitländern zu empfehlen, der deutschen Lohn- und Arbeitsmarktpolitik zu folgen. Dabei übersehen sie, dass diese Strategie die Deflationsgefahr auf dem alten Kontinent nur noch verschärft.

Hinzu kommt, dass reine Kostensenkungsstrategien und neoliberaler Umbau die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Euro verfestigt haben. Die Lebenswirklichkeit vieler verschlechterte sich seitdem es den Euro gibt. Die Reallöhne sind gesunken. Unsichere Arbeitsverhältnisse haben zugenommen. Die Mehrheit der Deutschen möchte die DM wieder zurück. Die Rettungspakete für Athen, Dublin und Lissabon stoßen auch deshalb auf große Ablehnung.

Erschwerend hinzu kommt eine Renaissance nationalstaatlicher Politik. Merkel, Westerwelle & Co verweigern sich einer europäischen Strategie, um die Schuldenkrise zu überwinden. Im Europäischen Haus ist aus konservativ-liberaler Sicht jeder Nachbar für sich selbst verantwortlich. Beim Aufbau der Rettungsschirme - EFSF und ESM – wurden die Schulden der EU-Staaten nicht zu gemeinsamen Schulden erklärt. Anstelle dessen wurden individuelle Kreditpakete mit spezifischen Sparauflagen geschnürt. Nun können die Finanzmärkte weiterhin gegen jeden einzelnen Staat spekulieren. Es gibt unterschiedliche Ratings und unterschiedliche Zinssätze. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen hätte hingegen die Zinslast der Schuldnerstaaten deutlich senken können. Statt über eine europäische Wachstumsstrategie die Schulden mittelfristig abzubauen, haben die überharteten nationalen Sparstrategien das

Wachstum abgewürgt und die Schuldenquoten noch einmal deutlich erhöht.

Darüber hinaus vergiften die bürgerlichen Parteien und Medien durch einen populistischen Nationalismus das politische Klima. Sie schüren gezielt das Vorurteil vom deutschen Zahlmeister Europas – oder in den Worten der Kanzlern: „Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen - das ist wichtig“.<sup>1</sup> Das Bild von den faulen und korrupten Griechen, Portugiesen und Spaniern, die angeblich jahrelang über ihre Verhältnisse lebten, hat sich in den Köpfen festgesetzt. Die Schuldenberge sind nach dieser Lesart das zwangsläufige Ergebnis unsolider Haushaltsführung.

Die deutschen Eliten bringen sich auf diese Weise in eine fast aussichtslose Lage. Einerseits können und wollen sie den Euro nicht opfern. Andererseits schadet ihr konkretes Handeln den Schuldenländern. Anschließend müssen sie Hilfspakete schnüren, die sie der deutschen Öffentlichkeit kaum noch vermitteln können. Jedes neue Rettungspaket wird mit immer drakonischeren Sparauflagen gespickt. Diese ökonomisch schädlichen Zutaten sind die beste Garantie für das Scheitern. Die Abstände zwischen den Rettungspaketen werden immer kürzer. Und mit jeder Hilfsmaßnahme schwindet der politische Rückhalt hüben wie drüben. Es ist nur eine Frage der Zeit bis ein „Durchregieren“ nicht mehr möglich ist.

### **Vier Wege, aber nur ein einziger Weg führt nach Ithaka**

Die europäischen Staatschefs kaufen mit dem sich jetzt abzeichnenden Rettungspaket wieder Zeit. Die verschärften Sparaufla-

gen werden jedoch die wirtschaftliche Lage Athens verschlechtern. Die Deflationspolitik führt in die Sackgasse. Das Wachstum ist zu gering, die Zinsen sind zu hoch und die notwendigen Primärüberschüsse – Haushaltsüberschuss vor Zinszahlungen - nicht realisierbar. Für Tilgung und Zinsen aller regulären Kredite benötigt Griechenland im Jahr 2013 einen Primärüberschuss von 16 Prozent. Sollen auch die 110 Mrd. Euro schweren Hilfskredite bis 2017 getilgt werden, müsste der Primärüberschuss sogar 30 Prozent erreichen.<sup>2</sup> Dafür bräuchte Athen aber ein nominales Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3 Prozent. Klar ist, dass solch hohe Überschüsse selbst mit den brutalsten Sparprogrammen und dem Verkauf des griechischen „Tafelsilbers“ nicht machbar sind. Was für Griechenland gilt, gilt auch für die anderen Schuldnerstaaten.

Wenn weitere Rettungspakete politisch nicht mehr durchsetzbar sind, könnte der Weg der Umschuldung beschritten werden. Die Ökonomen unterscheiden zwischen einer „weichen“ und „harten“ Variante. Bei einer weichen Umschuldung könnte die Tilgung regulärer und internationaler Kredite bis 2020 respektive 2027 gestreckt werden. Eine solche weiche Umschuldung würde jedoch selbst bei einem fünfprozentigen nominalen Wachstum immer noch Primärüberschüsse zwischen 5 und 12 Prozent erfordern. Dies ist finanzpolitisch nicht darstellbar. Lediglich in Kombination mit einer harten Umschuldung – in Form eines 50 prozentigen Schuldenerlasses –, ergeben sich realistische Überschussziele in Höhe von 3 bis 6 Prozent.

Ähnlich verhält es sich mit Portugal und Irland. Auch diese Länder stecken in der Schuldenfalle. Ihr Wachstum schrumpfte in der Krise und wird in den nächsten Jahren kaum vom Fleck kommen. Die Zinshöhe liegt

<sup>1</sup> „Merkel attackiert urlaubsfreudige Südeuropäer“, in: Spiegel Online Politik, 7.Juni 2011-06-07

<sup>2</sup> Daten nach Heinz-Dieter Smeets: Ist Griechenland noch zu retten?, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 5, 2010

deutlich über der Wachstumsrate. Durch radikales Sparen können die notwendigen Haushaltsüberschüsse nicht erzwungen werden. Folglich wird sich der Schuldenanstieg beschleunigen. Der Ökonom Hishow plädiert deshalb für eine EU-„Schenkung“ an Lissabon, Dublin und Athen in Höhe von 209 Mrd. Euro. Nur so könne die Insolvenz dieser Staaten vermieden werden<sup>3</sup>.

Die Berechnungen sind überzeugend. Wenig befriedigend ist jedoch, dass die Folgen der Umschuldung nicht ausreichend diskutiert werden. Ein großes Risiko liegt in der Infektionsgefahr anderer Schuldenstaaten. Darüber hinaus drohen unkalkulierbare Reaktionen der Finanzmärkte auf die durch Kapitalverluste gefährdeten Banken. Nach neuesten Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich waren deutsche Banken Ende 2010 mit insgesamt 34 Mrd. Euro in Griechenland engagiert, französische Geldhäuser gar mit 57 Mrd. Euro.

Auch das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) warnt vor den unkontrollierbaren Folgen einer Umschuldung. Vor diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, dass die Troika vor einem solchen Schritt (noch) zurückschreckt. Zudem behandelt ein Schuldenschnitt nicht die Krisenursachen. Solange der Anleihezins über der Wachstumsrate liegt, stecken die Krisenstaaten in der Schuldenfalle. Ein Schuldenerlass durchbricht nicht den Teufelskreis aus schrumpfendem Wachstum und hoher Zinslast.

Da die herrschende Politik die wirtschaftliche und soziale Lage der Schuldnerländer weiter verschlechtert, wird die politische Debatte in den Krisenregionen sich zunehmend auf einen möglichen Austritt aus der Eurozone konzentrieren. Vorstellbar ist der

Austritt eines einzelnen Staates, aber auch einer Staatengruppe. Positiv an diesem Schritt wäre, dass die Staaten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine Währungsabwertung verbessern könnten. Diesem Vorteil stehen aber große Risiken gegenüber. Zunächst droht eine massive Kapitalflucht. Zudem würden die Staatsschulden, die in Euro notiert sind, abwertungsbedingt erheblich ansteigen. Die internationalen Kapitalmärkte würden diesen Staaten nur noch zu Wucherzinsen Kredite gewähren. Schon jetzt liegen die Zinsen für zweijährige griechische Anleihen bei mehr als 20 Prozent - für zehnjährige Anleihen bei mehr als 15 Prozent. Faktisch wäre dann der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten versperrt. Die kriselnden Staaten müssten ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und ein Schuldenmoratorium verhängen.

Denkbar ist jedoch, dass die Schuldenstaaten anschließend andere Kreditgeber finden – beispielsweise China oder Russland. Diese Finanziers würden aber nicht als reine Wohltäter auftreten. Die neuen Geldgeber müssten schließlich einkalkulieren, dass sie ihr Kapital teilweise verlieren. Zudem wäre die Kreditvergabe mit einer politischen Einflussnahme dieser Länder verbunden.

Die Perspektiven eines Austritts aus der Eurozone sind für die Schuldenstaaten ungewiss. Kurzfristig müssten sich die Austrittsländer auf eine ökonomische Verelendung und massivste innenpolitische Kämpfe einstellen. Für die restlichen Eurostaaten wäre der Austritt mit einem Schrumpfen der Exportmärkte und mit einem Verlust von Marktanteilen verbunden. Das europäische Bankensystem würde in Lebensgefahr schweben. Eine Rekapitalisierung mit Steuergeld wäre unumgänglich. Zudem würde der europäische Integrationsprozess um Jahrzehnte zurückgeworfen. Alles in allem sollte ein Austritt aus der Eurozone tunlichst vermieden werden.

<sup>3</sup> Ognian N. Hishow: EU-Schuldenkrise – Schuldenmanagement und die Kosten, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 3, 2011

Athen und den anderen Schuldenstaaten hilft jetzt nur noch eine neue Wachstumsstrategie im Mix mit einer neuen Zins- und Lohnpolitik. Erforderlich ist zu allererst eine europäische Strategie für qualitatives Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen ein Investitions- und Entwicklungsprogramm für Südeuropa.

### Eine solche Strategie sollte aus folgenden drei Elementen bestehen:

- Einem europäischen *New Deal* zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur und der Umwelt. Die Finanzierung könnte durch europäische Anleihen organisiert werden. Dieses Programm soll dem Abbau des Entwicklungsgefälles in der EU und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (vor allem der Jugendarbeitslosigkeit) in besonders von der Krise betroffenen Ländern dienen (Spanien, Griechenland, Irland, Portugal, den drei baltischen Staaten, Ungarn).
- Einer starken *Stimulierung der Binnennachfrage in den Überschussländern*. Eine Schlüsselrolle fällt hier Deutschland zu. Das größte Überschussland kann durch eine Änderung seiner wirtschaftspolitischen Strategie helfen, die Defizite der Krisenländer abzubauen. Gleichzeitig kann Deutschland einen Beitrag zur Stimulierung der Konjunktur in der EU leisten. Notwendig sind hierfür eine expansivere Lohnpolitik, ein Abbau der Schiefelage auf dem Arbeitsmarkt und eine Stärkung öffentlicher Investitionen.
- Eine *Beendigung der deflatorischen Austeritätspolitik* in den überdurchschnittlich verschuldeten Ländern.

Wachstum allein reicht jedoch nicht aus. Gleichzeitig müssen die Zinsen runter. Der Zins für den EU-Dispo sollte von fünf auf

drei Prozent sinken. Nach Berechnungen des IMK würde eine solche Zinssenkung die griechische Schuldenquote bis 2015 um 40 Prozentpunkte auf 110 Prozent reduzieren. Die schnelle Einführung von Eurobonds würde die Finanzierungslasten der Schuldenstaaten zusätzlich senken. Darüber hinaus brauchen wir Reformen zur Entkopplung der Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten.

Schließlich braucht die Lohnpolitik der Mitgliedsstaaten einen Paradigmenwechsel. Diese ist europäisch so zu koordinieren, dass die nationalen Lohnzuwächse im Durchschnitt den verteilungsneutralen Spielraum ausschöpfen. Damit würden lohnkostenbedingte Wettbewerbsverzerrungen vermieden und ein Beitrag zum Ausgleich der Leistungsbilanzen geleistet. Deutschland müsste in der Anfangszeit eine stark expansive Lohnpolitik betreiben, um die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Der Anpassungsdruck läge also zu Beginn dieses Politikwechsels bei den Überschussländern und nicht bei den Defizitländern.

Mit Wachstum, niedrigen Zinsen und einer verbesserten außenwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit können die Schuldenstaaten aus der Schuldenfalle befreit werden. Hierfür braucht es einen politischen Kurswechsel. Die Irrfahrten der Berliner und Brüsseler Euro-Krisenpolitik haben großen Schaden angerichtet. Das Spardiktat muss jetzt fallen. Wenn hierzulande aber weiterhin der Stammtisch regiert, dann sind Athen, Lissabon und Madrid bald gezwungen aus dem Euro auszusteigen und werden ein Schuldenmoratorium verkünden. Spätestens dann wird aus der griechischen eine europäische Tragödie. ■

⇒ Prof. Dr. Klaus Busch ist europapolitischer Berater der Gewerkschaft Ver.di.

⇒ Dr. Dierk Hirschel ist Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, Europa, Internationales der Gewerkschaft Ver.di.